

Herausforderungen und Chancen zur Weiterentwicklung von Prävention und Gesundheitsförderung in der 21. Legislaturperiode

Policy Paper

der Bundesvereinigung Prävention und Gesundheitsförderung e.V. (BVPG)

Januar 2025

Die kommenden Jahre sind geprägt von demografischem Wandel, Klimawandel, geopolitischen Konflikten und demokratiegefährdenden Entwicklungen. Laut dem Institut der deutschen Wirtschaft (IW, Oktober 2024) werden bis zum Jahr 2036 etwa 16,5 Millionen Babyboomer die Altersgrenze überschreiten. Bis 2030 könnte es bereits an 5 Millionen Fachkräften fehlen. Diese Entwicklungen stellen Politik und Gesellschaft vor große Herausforderungen. Eine resiliente Gesellschaft ist gefordert. Die Gesundheit der Bevölkerung ist entscheidend für das Gemeinwohl und die Demokratie, da sie die gesellschaftliche Leistungsfähigkeit stärkt. Daher kommt der politischen und strukturellen Stärkung von Prävention und Gesundheitsförderung in den kommenden Legislaturperioden eine zentrale gesellschaftliche Aufgabe zu.

Im Kontext dieser gesellschaftspolitischen Herausforderungen und in Bezug auf die Eckpunkte des Präventionsgesetzes vom 17. Juli 2015 legt die Bundesvereinigung Prävention und Gesundheitsförderung e.V. (BVPG) hiermit Empfehlungen zur Stärkung von Prävention und Gesundheitsförderung für die kommende Legislaturperiode vor (S. 3 f.).

Die BVPG blickt auf 70 Jahre Erfahrung als Dachverband der Prävention und Gesundheitsförderung auf Bundesebene zurück und repräsentiert aktuell 134 Mitgliedsorganisationen, die ein breites Spektrum zivilgesellschaftlicher Kräfte abbilden. Die BVPG begleitet die Entwicklungsprozesse in der Gesundheitsförderung und Prävention in Deutschland und agiert als moderierender, beratender und vernetzender Akteur im Kontext gesellschaftlicher Veränderungen. Sie setzt sich dafür ein, Prävention und Gesundheitsförderung in allen gesellschaftlichen Bereichen fach- und bereichsübergreifend zu fördern, tragfähige Strukturen zu erhalten und innovative Themen sowie Problemlösungen aktiv zu unterstützen. Als Forum ermöglicht die BVPG den Austausch und die Vernetzung verschiedener Akteursgruppen und übernimmt die Interessenvertretung für den Bereich der Prävention und Gesundheitsförderung als Ganzes, ohne Einzelinteressen zu verfolgen. Sie schafft relevante Strukturen, um diese unterschiedlichen Gruppen koordiniert zusammenzubringen.

Die Empfehlungen auf S. 3 f sind durch die Auseinandersetzung mit gesellschaftlichen Gegebenheiten, politischen Veränderungen und aktuellen Forschungsergebnissen sowie unter Einbeziehung der Expertise ihrer Mitgliedsorganisationen entstanden und beziehen sich auf folgende vier Schwerpunkte:

- **Gesundheitliche Chancengerechtigkeit**

In einer demokratischen Gesellschaft muss gesundheitliche Chancengleichheit im Mittelpunkt der Politik stehen. Es ist entscheidend, Rahmenbedingungen zu schaffen, die allen Bürgerinnen und Bürgern einen gleichberechtigten Zugang zu evidenzbasierter Prävention, Gesundheitsförderung und Gesundheitsversorgung ermöglichen. Eine nachhaltige finanzielle Stärkung des öffentlichen Gesundheitsdienstes ist unerlässlich, um dessen zentrale Aufgabe zur Förderung der öffentlichen Gesundheit effektiv wahrzunehmen. Obwohl die Ursachen gesundheitlicher Ungleichheiten gut erforscht sind, werden sie häufig durch politische und gesellschaftliche Entwicklungen verstärkt. Um Chancengerechtigkeit zu fördern, sollten politische Entscheidungen systematisch durch Gesundheitsfolgenabschätzungen bewertet und gegebenenfalls angepasst werden. Gesundheitliche Chancengleichheit muss bereits im Kindesalter gefördert werden, wozu die Gesundheitskompetenz von Institutionen im Bildungsbereich entscheidend gestärkt werden muss. Die SARS-CoV-2-Pandemie hat bestehende Ungleichheiten, insbesondere für sozioökonomisch benachteiligte Gruppen, weiter verschärft und verdeutlicht die Dringlichkeit gezielter Maß-

nahmen. Community-Ansätze sind hierbei von zentraler Bedeutung, da sie passgenaue Lösungen vor Ort fördern und bestehende Disparitäten verringern können. Es ist wichtig, diese Ansätze angemessen zu unterstützen und durch Langzeitstudien sowie partizipative Forschungsansätze zu evaluieren, um ihre Wirksamkeit nachhaltig zu sichern.

- **Bewegung, Sport und Gesundheit**

Regelmäßige körperliche Aktivität bietet zahlreiche Vorteile für die physische, psychische und soziale Gesundheit aller Altersgruppen. Sie senkt das Risiko für Herz-Kreislauf-Erkrankungen, Diabetes und Depressionen, fördert soziale Teilhabe und verringert Einsamkeit im Alter. Aktive Mobilität, wie Radfahren und Zu-Fuß-Gehen, trägt zudem zum Klimaschutz bei. In herausfordernden Zeiten wie Kriegen, Klimawandel und sozialer Ungleichheit ist Bewegung ein wichtiger Ausgleich. Trotz dieser Vorteile erreichen viele Menschen nicht die WHO-Empfehlung von 150 Minuten körperlicher Aktivität pro Woche. Bewegungsmangel erhöht das Risiko chronischer Erkrankungen und verursacht hohe Gesundheitskosten, die durch eine Reduzierung von Bewegungsmangel erheblich gesenkt werden könnten. Die Bundesregierung hat mit den Bewegungsgipfeln 2022 und 2024 sowie dem „Runden Tisch Bewegung und Gesundheit“ erste Schritte zur Förderung der Bewegung unternommen. Diese Initiativen sollten weiter ausgebaut werden, um bestehende Lücken zu schließen. Eine verbesserte Zusammenarbeit zwischen den politischen Ebenen und Sektoren, insbesondere in Gesundheit, Verkehr, Stadtplanung, Bildung und Sport, ist notwendig. Erforderliche Maßnahmen sind die Entwicklung einer nationalen Agenda für Bewegungsförderung, die Gründung eines nationalen Kompetenzzentrums und die gesetzliche Verpflichtung zur Stärkung der Bewegungsförderung in verschiedenen Politikbereichen.

- **Klimawandel und Gesundheit**

Die Klimakrise, laut WHO die größte Herausforderung des 21. Jahrhunderts, bedroht zunehmend die physische und psychische Gesundheit der Bevölkerung in Deutschland. Besonders sozial benachteiligte Bevölkerungsgruppen sind von klimabedingten Gesundheitsrisiken betroffen und müssen gezielt unterstützt werden. Um die Gesundheit der Bevölkerung zu schützen, ist es entscheidend, den Klimawandel aktiv zu stoppen und bereits eingetretene Gesundheitsrisiken zu erkennen sowie Anpassungsmaßnahmen zu ergreifen. Hierfür ist eine politische Strategie erforderlich, die Gesundheits- und Umweltbelange als Leitprinzip in politischen Entscheidungen verankert (Health for All Policies). Die Umsetzung erfordert eine interdisziplinäre Zusammenarbeit der Politikfelder, darunter Bildung, Gesundheit, Umwelt, Verkehr und Stadtplanung. Notwendig sind Investitionen in interdisziplinäre Forschung und ein Monitoring klimabedingter Gesundheitsbelastungen. Klimaschutz- und Anpassungsmaßnahmen sollten partizipativ unter Einbeziehung relevanter Akteure entwickelt werden, wobei bestehende soziale Ungleichheiten abgebaut werden müssen. Durch den Austausch von Erfahrungen und den Aufbau sozialer Netzwerke kann die Resilienz der Bevölkerung gestärkt werden. Die Förderung klimabewussten Handelns erfordert gezielte Kommunikations- und Bildungsmaßnahmen, insbesondere zur Hervorhebung der Co-Benefits wie klimagerechte Ernährung und umweltfreundliche Mobilität.

- **Psychische Gesundheit**

Psychische Gesundheit ist ein zentrales Element für das Wohlbefinden unserer Gesellschaft und beeinflusst Lebensqualität, soziale Teilhabe und wirtschaftliche Produktivität direkt. Im Jahr 2023 erhielten 40,4 % der Erwachsenen in Deutschland in der ambulanten Versorgung die Diagnose einer psychischen Störung, wobei 75 % der Erkrankungen bereits im Kindes- und Jugendalter beginnen. Diese alarmierenden Zahlen verdeutlichen die Dringlichkeit, psychische Gesundheit als gesellschaftliches Kernthema zu betrachten. Die Folgen psychischer Erkrankungen sind gravierend: Sie verursachen erhebliches Leid für die Betroffenen und hohe gesellschaftliche Kosten, insbesondere durch Arbeitsausfälle und Erwerbsminderungsrenten. Besonders Kinder und Jugendliche sind gefährdet, was langfristige Auswirkungen auf ihre Entwicklung und unsere Zukunft hat. Um diesen Herausforderungen zu begegnen, ist ein effektiver Public Mental Health-Ansatz unerlässlich. Dieser sollte die Förderung psychischer Gesundheit als gesellschaftliche Verantwortung verankern und soziale Ungleichheiten abbauen. Soziale Determinanten wie Armut und Diskriminierung erhöhen das Risiko psychischer Erkrankungen und erfordern gezielte Präventionsmaßnahmen. Krisen wie die SARS-CoV-2-Pandemie haben die psychische Belastung in der Bevölkerung verstärkt. Es ist dringend erforderlich, psychische Gesundheit in alle politischen Entscheidungen einzubeziehen und die Mental Health Surveillance des Robert Koch-Instituts auszubauen.

Alle vier Schwerpunkte stehen in einem wechselseitigen Zusammenhang, der durch biopsychosoziale Interaktionen und Co-Benefits geprägt ist. So können zum Beispiel klimabedingte Umweltängste durch eine gestärkte psychische und körperliche Gesundheit besser bewältigt werden, und ein aktiver Lebensstil ist mit einer geringeren Häufigkeit psychischer Probleme wie zum Beispiel Depressionen verbunden und fördert Selbstständigkeit sowie Teilhabe. Bewegungs- und Sportangebote sind entscheidend für die Verbesserung der Chancengleichheit und erfüllen eine wichtige gesellschaftliche Funktion. Schon diese wenigen Beispiele verdeutlichen, wie gezielte, gemeinschaftliche Maßnahmen zu mehr gesundheitlicher Chancengerechtigkeit führen können, indem sie auf die spezifischen Bedürfnisse benachteiligter Gruppen eingehen. Die gegenseitigen Abhängigkeiten zeigen, dass Prioritäten und Schwerpunktsetzungen zur Stärkung der Gesundheitsförderung und Prävention nicht isoliert erarbeitet werden können, sondern in einem umfassenden Ansatz betrachtet werden müssen.

In vier **Arbeitsgruppen (AG) wurden von BVPG-Mitgliedsorganisationen** sowie von externen Expertinnen und Experten zu diesen vier Schwerpunktthemen die Relevanz, die jeweiligen Herausforderungen und Lösungsansätze in einem partizipativen Prozess evidenzbasiert erarbeitet und in entsprechenden Dokumenten festgehalten (www.bvpraevention.de/14270).

Auf der Basis dieser AG-Ergebnisse legt der BVPG-Vorstand die nachfolgenden Empfehlungen zur Stärkung von Prävention und Gesundheitsförderung vor und bietet der Politik damit einen Leitfaden zur Gestaltung einer nachhaltigen und am Gemeinwohl orientierten (Gesundheits-)Politik.

Empfehlungen zur Stärkung von Prävention und Gesundheitsförderung

1. Health in and for All Policies verwirklichen

- Förderung eines Health-in-and-for-All-Policies-Ansatzes: Es ist entscheidend, Gesundheit als integralen Bestandteil in alle politischen Entscheidungsprozesse einzubeziehen. Dies bedeutet, dass bei der Entwicklung von Gesetzen und Richtlinien stets die gesundheitlichen Auswirkungen berücksichtigt werden müssen, um gesundheitsfördernde Lebenswelten zu schaffen.
- Gesundheitsfolgenabschätzungen: Die Durchführung von Health Impact Assessments bei relevanten Gesetzesvorhaben ermöglicht es, potenzielle gesundheitliche Auswirkungen frühzeitig zu identifizieren und zu adressieren. Dies fördert eine proaktive Gesundheitsstrategie und minimiert negative Effekte auf die Bevölkerung.

2. Gesundheitliche Chancengerechtigkeit gewährleisten

- Gesundheitskompetente Strukturen: Der Aufbau von Strukturen zur Stärkung der gesundheitlichen Chancengerechtigkeit sollte bereits in der frühen Kindheit beginnen. Durch die Entwicklung von Präventionsketten und digitalen Maßnahmen kann die Gesundheitskompetenz in benachteiligten Gruppen gezielt gefördert werden, um Ungleichheiten abzubauen.
- Integrierte kommunale Strategien: Eine Verbesserung der Sichtbarkeit und Verknüpfung bestehender Angebote ist notwendig, um die Chancengerechtigkeit zu fördern. Durch integrierte Strategien können Ressourcen effizienter genutzt und die Zielgruppen besser erreicht werden.

3. Bewegung fördern

- Nationale Agenda für Bewegungsförderung: Die Entwicklung einer umfassenden Agenda zur Bewegungsförderung ist notwendig, um klare Verantwortlichkeiten und Strukturen auf Bundes- und Landesebene zu schaffen. Diese Agenda sollte Maßnahmen zur Förderung von Bewegung in verschiedenen Lebensbereichen wie Schule, Arbeitsplatz, Freizeit und Sport umfassen.
- Der Aufbau eines nationalen Kompetenzzentrums für Bewegungsförderung: Ein nationales Zentrum sollte Maßnahmen zur Bewegungsförderung transdisziplinär entwickeln, koordinieren und evaluieren sowie als zentrale Anlaufstelle für Politik, Wissenschaft und Gesellschaft fungieren.

4. Die gesundheitlichen Folgen der Klimakrise adressieren

- **Forschung und Monitoring:** Investitionen in interdisziplinäre Forschung sind unerlässlich, um die Gesundheitsauswirkungen des Klimawandels umfassend zu verstehen. Ein effektives Monitoringsystem ermöglicht es, Veränderungen frühzeitig zu erkennen und geeignete Maßnahmen zu ergreifen.
- **Klimaschutz- und Anpassungsmaßnahmen:** Die Förderung nachhaltiger Neubauprojekte und die Entwicklung von Hitzeschutzplänen sind entscheidend, um die Bevölkerung vor klimabedingten Gesundheitsrisiken zu schützen. Diese Maßnahmen tragen nicht nur zur Verbesserung der öffentlichen Gesundheit bei, sondern auch zur Schaffung einer resilienten Infrastruktur.

5. Psychische Gesundheit stärken

- **Fortführung und Ausbau der Mental Health Surveillance:** Der Ausbau der Mental Health Surveillance durch das RKI ist notwendig, um Datenlücken zu schließen und die Prävalenz- sowie Inzidenzanalysen psychischer Erkrankungen zu verbessern. Dies ermöglicht eine gezielte Planung und Umsetzung von Maßnahmen zur Förderung der psychischen Gesundheit.
- **Zuständigkeit für psychische Gesundheit:** Eine sichtbare Verankerung der Zuständigkeit für psychische Gesundheit auf Bundesebene durch den Aufbau tragfähiger Arbeitsstrukturen ist entscheidend. Dies fördert die Koordination und Integration von Maßnahmen zur Unterstützung der psychischen Gesundheit in verschiedenen Sektoren.

6. Evidenzbasierung von präventiven und gesundheitsfördernden Maßnahmen sichern und ausbauen

- **Forschungsförderung:** Die Finanzierung von Langzeitstudien zur Evaluation komplexer Interventionen und partizipativer Forschungsansätze ist wichtig, um die Bedürfnisse der Bevölkerung besser zu berücksichtigen und die Wirksamkeit von Maßnahmen zu überprüfen.
- **Regelfinanzierung:** Die Sicherstellung einer Regelfinanzierung für die Implementierung und Verstärkung evidenzbasierter Maßnahmen ist unerlässlich, um langfristige Erfolge in der Gesundheitsförderung zu gewährleisten.

7. Sektorenübergreifende Zusammenarbeit stärken

- **Verbesserung der Zusammenarbeit:** Die sektorenübergreifende Zusammenarbeit zwischen Sozialversicherungsträgern, Ländern und Kommunen ist notwendig, um eine durchlässige und vernetzte Gesundheitsförderung in allen Lebensphasen zu gewährleisten. Dies erfordert den Austausch von Informationen und Ressourcen sowie die Entwicklung gemeinsamer Strategien.
- **Starke Governance-Strukturen:** Der Aufbau gesundheitskompetenter Strukturen (Präventionsketten) ist entscheidend, um sektorale Fragmentierung zu vermeiden. Digitale Strukturen und Maßnahmen sind dabei unverzichtbar, um die Effizienz und Effektivität der Gesundheitsförderung zu steigern.

8. Das Präventionsgesetz fortschreiben

- Wir empfehlen dringend eine ressortübergreifende Fortschreibung des Präventionsgesetzes, um notwendige Reformprozesse zusammenzuführen und die Überführung evidenzbasierter Maßnahmen in die Regelversorgung zu ermöglichen. Dabei ist es unerlässlich, die Vorgaben des Präventionsgesetzes durch einen stärkeren Einbezug wissenschaftlichen Sachverständigen zu berücksichtigen. Dies umfasst die Evidenz hinsichtlich Bedarf, Zielgruppen, Inhalt, Methodik, Qualität und intersektoraler Zusammenarbeit. Zudem müssen wissenschaftliche Evaluationen und die Messung der Zielerreichung (z. B. optimale Erreichbarkeit der Zielgruppen und richtige Allokation) in den Fokus rücken.

Die BVPG ermutigt alle demokratischen Parteien dazu, diese Empfehlungen zu prüfen und in politische Entscheidungen einzubeziehen. Nur eine koordinierte und umfassende Strategie kann die Gesundheit unserer Bevölkerung nachhaltig fördern und gesundheitliche Ungleichheiten abbauen. Und nur gemeinsam können die Weichen für eine gesunde und resiliente Gesellschaft gestellt werden.